

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Haupt- und Finanzausschuss führte seine 66. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 16.01.2014, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Beratungsraum 212, von 18:00 Uhr bis 20:00 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Petra Wust

Mitglied

Dr. Wolfgang Baronius
Klaus-Ari Gatter
Günter Herder
André Krillwitz
Gisela Lorenz
Dr. Holger Welsch
Lars-Jörn Zimmer

i.V. von Herrn Jens Tetzlaff

Ortsbürgermeister/in

Ortschaft Greppin

Ortsbürgermeister Herr Schunke

Mitarbeiter der Verwaltung

Herr Rolf Hülßner, GBL Finanz- und Ordnungswesen

abwesend:

Mitglied

Jens Tetzlaff

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Donnerstag, den 16.01.2014, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschriften	
3.1	Genehmigung der Niederschrift Sitzung vom 19.11.13	
3.2	Genehmigung der Niederschrift vom 05.12.13	
4	Haushalt der Stadt Bitterfeld-Wolfen	
5	Vorbereitung der Stadtratssitzung	
5.1	8. Änderung der Hauptsatzung - Einführung einer Beigeordnetenstelle und Folgeänderungen	Beschlussantrag 203-2013
5.2	Haushaltskonsolidierungsmaßnahme	Beschlussantrag 204-2013
5.3	Austritt der Stadt Bitterfeld-Wolfen aus dem Deutschen Städtetag	Beschlussantrag 205-2013
5.4	Beteiligung an der Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das KiFöG LSA	Beschlussantrag 211-2013
6	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
7	Schließung des öffentlichen Teils	

zu 1	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Die Oberbürgermeisterin, Frau Wust, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und wünscht allen noch ein gesundes neues Jahr. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.</p>	
zu 2	<p>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Die Oberbürgermeisterin teilt mit, dass die Beschlussanträge 166-, 210- und 220-2013 von ihr zunächst zurückgezogen werden, da noch diverse Ergänzungen notwendig sind. Die Beschlussanträge werden zur nächsten Sitzung wieder auf die TO gesetzt. Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig mit Änderungen beschlossen</p>	<p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 3	<p>Genehmigung der Niederschriften</p>	
zu 3.1	<p>Genehmigung der Niederschrift Sitzung vom 19.11.13</p> <p>Zur Niederschrift vom 19.11.13 gibt es auch keine Einwände und wird ebenso bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
zu 3.2	<p>Genehmigung der Niederschrift vom 05.12.13</p> <p>Zur Niederschrift vom 05.12.13 gibt es auch keine Einwände; diese wird ebenso bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
zu 4	<p>Haushalt der Stadt Bitterfeld-Wolfen</p> <p>Der GBL Finanz- und Ordnungswesen, Herr Hülßner, informiert u.a. darüber, dass der augenblickliche Liquiditätsstand -69,5 Mio. € beträgt, bei einem Kassenkreditrahmen von 80 Mio. €, was gegenüber der Prognose in Höhe von rd. 74 Mio. € als relativ gut einzuschätzen sei. Buchungstechnisch wird der Haushalt 2013 erst am 31.03.14 abgeschlossen. Ferner verweist er auf die Haushaltsanalyse zum Stichtag 21.11.2013, die allen Mitgliedern vorliegt und geht auf einige Schwerpunkte und Anfragen ein. Herr Zimmer spricht sich dafür aus, die einzelnen HH-Bereiche gegenüber den Kennziffern des Landes, d.h. Orientierungszahlen der Gemeinden über 20 T Einwohner in S.A, vergleichbarer darzustellen, damit ersichtlich wird, wo die Stadt Bitterfeld-Wolfen unter und wo sie über dem Landesdurchschnitt liegt, um Handlungsschwerpunkte zu setzen bzw. in eine andere Position der Diskussion mit dem Land bzw. der Kommunalaufsicht zu gelangen. Die OB bemerkt, dass sich die Stadt trotz der geringer werdenden Einwohnerzahlen noch viele Einrichtungen leistet und sich oftmals Widerstand regt, wenn irgendwelche Abstriche gemacht werden sollen. Zu</p>	

	<p>den erwähnten Vergleichskennziffern des Landes, die von Herrn Prof. Dr. Deubel anlässlich einer Beratung in Bitterfeld-Wolfen vorgestellt wurden, äußert sie, dass man diese Zahlen nicht nachvollziehen konnte und keine Erklärung dafür erhielt. Es muss auch in Betracht gezogen werden, dass einige Kommunen die doppische, andere wiederum noch die kameralistische HH-Führung betreiben. Es existiert noch kein einheitliches Haushalts- und Kassenrecht, was die Dinge vereinfachen würde. Man wird sich um aktuelleres Zahlenmaterial vom Land bemühen. Rege Diskussionen schließen sich an.</p> <p>Herr Hülßner geht sodann mittels einer Powerpoint-Präsentation auf die aktuelle HH-Situation 2014 nach dem 1. Planentwurf, Stand Dezember 2013, ein (s. dazu Anlage zur Niederschrift), wonach ein struktureller Fehlbetrag in Höhe von 8,7 Mio. € zu verzeichnen ist. Eine Situation, die hier zugute kommt ist, dass man per Runderlass des Landes vom 22.11.13 die Möglichkeit habe, mit einem Defizit von 3,6 Mio. € zu arbeiten, was die Differenz zwischen Abschreibungen und Sonderposten ausmacht. Vom Land wird dies mit „Erleichterung des Haushaltsausgleichs“ tituliert; man wolle damit den jetzt in den doppischen Haushalt eintretenden Kommunen den HH-Ausgleich vorübergehend erleichtern. Der Erlass trifft jedoch auch für die Stadt Bitterfeld-Wolfen zu. Demnach geht man nicht von einem Fehlbetrag in Höhe von -8,7 Mio. €, sondern zunächst erst einmal von -5,1 Mio. € aus, die zu erwirtschaften wären. In der Sonderarbeitsgruppe Haushalt, die am 28.01.14 stattfinden wird, wird man konkret auf die Dinge eingehen und ein „Paket“ mit Maßnahmen vorlegen, womit ein HH-Ausgleich erzielt werden soll.</p>	
<p>zu 5</p>	<p>Vorbereitung der Stadtratssitzung</p>	
<p>zu 5.1</p>	<p>8. Änderung der Hauptsatzung - Einführung einer Beigeordnetenstelle und Folgeänderungen</p> <p>Herr Krillwitz begründet zunächst als Einreicher den BA damit, dass man mit Sorge die Entwicklung des Haushalts der Stadt betrachtet. Ausschlaggebend war der Besuch im Oktober 2013 im Ministerium in Magdeburg aufgrund der prekären HH-Situation. Seitdem ist man seiner Meinung nach noch keinen Schritt vorangekommen. Der Beigeordnete sollte eine neutrale Person von außen sein, der evtl. neue Ideen einbringt, um die Stadt aus der misslichen HH-Lage zu befreien und um zahlreiche andere Probleme zu lösen. Man sollte die Stelle des Beigeordneten ausschreiben. Die OB betont, dass sich, wie bereits mehrfach ausgeführt, oftmals Widerstand regt, wenn Entscheidungen zur HH-Konsolidierung getroffen werden sollen. Sie weist außerdem darauf hin, dass der vorliegende Beschlussantrag inhaltlich fehlerhaft ist. Man könne nichts in die Hauptsatzung einbringen, was nicht mit den Regelungen in der Gemeindeordnung konform geht. Der Stadtrat kann die Bestellung eines Beigeordneten beschließen, aber die Aufgabenzuordnung liegt bei der OB.</p> <p>Herr Dr. Baronius bemerkt, dass sich die CDU-Fraktion mehrheitlich gegen den Beschlussantrag ausspricht, da man der Meinung ist, dass eine derartige personelle Veränderung die HH-Probleme nicht lösen würde. Der BA greife zudem in die Rechte der OB hinsichtlich der Gestaltung der Verwaltungsstruktur ein; dies sei nicht Sache des Stadtrates.</p> <p>Herr Herder bringt zum Ausdruck, dass die Fraktion Die LINKE. einen solchen Schritt kurz vor dem Ende der Legislaturperiode als wenig sinnvoll erachtet. Man sollte einen derartigen Vorschlag ggf. erst in den neuen Stadtrat einbringen. Außerdem sieht die Fraktion die beabsichtigten</p>	<p>Beschlussantrag 203-2013</p>

	<p>inhaltlichen Veränderungen als teilweise zu weitgehend an.</p> <p>Herr Zimmer hinterfragt, wie es sich mit der Aufgabenzuordnung bzw. den Zuständigkeiten eines Beigeordneten generell verhält und bittet, den Sachverhalt nochmals rechtlich zu beleuchten.</p> <p>Frau Lorenz erscheint es fraglich, ob es tatsächlich gewollt sei, in den neuen Tätigkeitsbereich des Beigeordneten lt. BA die Aufgaben der GB I und GB III zu integrieren.</p> <p>Herr Krillwitz bemerkt, dass er sich auch an die Kommunalaufsicht gewandt hat, um prüfen zu lassen, was in der Angelegenheit rechtlich möglich ist. Er schlägt zunächst vor, den BA in den Ausschuss für ROVB zurückzuverweisen, bis eine Antwort der KAB vorliegt.</p> <p>Aus dem Gremium heraus wird allerdings darauf hingewiesen, dass der BA bereits auf der TO des Stadtrates steht und der HFA lediglich eine Empfehlung aussprechen könne. Herr Krillwitz müsste dann zum Stadtrat bekunden, wie er damit umgehen wolle.</p> <p>Herr Herder ist der Auffassung, dass bei derartigen Beschlussanträgen, die aus den Fraktionen kommen, künftig die sachlich rechtliche Prüfung von der Verwaltung durchgeführt werden müsste.</p> <p>Es wird daraufhin vom Gremium noch einmal um eine rechtliche Wertung des BA durch die Verwaltung gebeten.</p> <p>Herr Teichmann drückt sein persönliches Bedauern über diesen Beschlussantrag aus, da er in der Begründung eine negative Einschätzung seiner Tätigkeit und der seiner Mitarbeiter sieht. Man versucht seit Jahren, eine engagierte Arbeit zu leisten und das umzusetzen, was der Stadtrat, gerade im Personalbereich, vorgegeben hat.</p> <p>Die OB pflichtet Herrn Teichmann in seiner Argumentation bei.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss gibt sodann nachfolgendes Votum ab:</p>	
<p>zu 5.2</p>	<p>Haushaltskonsolidierungsmaßnahme</p> <p>Es wird zunächst auf einen Änderungsantrag des Ortsbürgermeisters Greppin, Herrn Schunke, im Namen des Ortschaftsrates verwiesen, das Tiergehege im OT Greppin ab dem 01.03.14 durch Frau M. Hamann betreiben zu lassen, was der Ausschuss für S/B/K/J/S in seiner letzten Sitzung ebenso mehrheitlich dem Stadtrat empfohlen hat.</p> <p>Der Ortsbürgermeister Herr Schunke spricht sich lobend über das Tiergehege aus, das mit viel Engagement betrieben und von vielen Besuchern frequentiert wird. Man möchte, dass das Tiergehege in dieser Art und Weise weitergeführt wird. Eine Falknerei würde aufgrund des nebenan befindlichen Hundesportplatzes nicht geeignet sein. Der Ortschaftsrat hat sich daher für die Übernahme des Tiergeheges durch Frau Hamann als langjährige Mitarbeiterin der Greppiner Anlage entschieden. Sie kenne sich mit der Pflege der Tiere und dem Gehege aus und habe mit ihrem Konzept überzeugt.</p> <p>Auf die Frage von Herrn Zimmer bemerkt Herr Schunke, dass bereits ein Verein gegründet wurde und eine Kooperation mit anderen Tiergehegen nicht ausgeschlossen wird.</p> <p>Weitere Diskussionen schließen sich an.</p> <p>Herr Herder fragt u.a. nach den Konzepten der Bewerber für das Tiergehege, die s.E. allen Stadträten vorliegen sollten.</p> <p>Herr Krillwitz als Einreicher des BA rekapituliert noch einmal den Werdegang, wie der Beschlussantrag zustande gekommen ist bzw. welche Bewerber sich zunächst im Ausschuss für SBKJS vorgestellt hatten (der Verein pepe activ und Herr Frank Köhler). Seines Erachtens wurde das</p>	<p>Ja 1 Nein 5 Enthaltung 2</p> <p>nicht empfohlen</p> <p>Beschlussantrag 204-2013</p>

	<p>Konzept von Frau Hamann das erste Mal zur OR-Sitzung in Greppin im Dezember vorgestellt. Der Fraktion war es wichtig, dass überhaupt eine Entscheidung getroffen wird, um das Tiergehege aufrecht zu erhalten. Er bat am heutigen Tage Frau Hamann um das Konzept, das ihm bislang nicht bekannt gewesen sei. Die Fraktion würde dann nach Befürwortung dessen den Änderungsantrag des Ortsbürgermeisters Herrn Schunke übernehmen. Nach weiterer Diskussion verständigt man sich darauf, die vorliegenden Konzepte zum Tiergehege im Vorfeld der Stadtratssitzung allen Stadträten noch zukommen zu lassen.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat mit 5 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Änderungsantrag des Ortsbürgermeisters Greppin, Herrn Schunke, zuzustimmen und dem BA mit dieser Änderung die Zustimmung zu erteilen.</p> <p style="text-align: right;">mit Änderungen empfohlen</p>	<p>Ja 5 Nein 0 Enthaltung 3</p>
zu 5.3	<p>Austritt der Stadt Bitterfeld-Wolfen aus dem Deutschen Städtetag</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 205-2013 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 205-2013</p> <p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 5.4	<p>Beteiligung an der Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das KiFöG LSA</p> <p>Herr Teichmann, GBL Haupt- und Sozialverwaltung und die Oberbürgermeisterin geben einige Erläuterungen zum Sachverhalt. Auf die Frage von Frau Lorenz, weshalb man den BA nicht bereits früher eingereicht hat, erläutert Herr Teichmann, dass man aufgrund der schwierigen HH-Situation nicht prophylaktisch Geld zur Verfügung stellen wollte, bevor nicht vom Städte- und Gemeindebund geprüft wurde, ob die Einreichung einer Klage überhaupt Erfolgsaussichten hätte. Während dieser Zeit hatten andere Kommunen bereits die Entscheidung getroffen, zu klagen. Mittlerweile wurde vom Präsidium des Städte- und Gemeindebundes mehrheitlich entschieden, eine Klage einzureichen und eine Musterbegründung zur Verfügung gestellt. Nach Beschlussfassung des Stadtrates wird man den Städte- und Gemeindebund umgehend über dessen Entscheidung informieren.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 205-2013 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 211-2013</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
zu 6	<p>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte</p> <p>Die Oberbürgermeisterin informiert, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> • sie an einigen Neujahrsempfängen teilgenommen hatte, woraus sich etliche Kontakte zu Firmen ergeben haben, • die Verwaltung in diesem Jahr besonders viele Weihnachts- und Neujahrswünsche erhielt, wo auch der Dank für die gute Zusammenarbeit ausgesprochen wurde, • Anfang Januar ein Gespräch mit der Seniorenbeauftragten, Frau Ronneburg, im Historischen Rathaus im OT Bitterfeld stattfand, wo u.a. über das Thema Briefwahllokal gesprochen wurde. Die Mitglieder des Seniorenbeirates sehen mit der Errichtung von nur einem Briefwahllokal kein Problem. Die OB schlägt vor, dass die Seniorenbeauftragte in einer der nächsten Stadtratssitzungen über 	

	<p>ihre Arbeit Bericht erstattet.</p> <p>Ferner verweist sie auf eine Einladung des „Weißen Rings“, die sie an die HFA-Mitglieder verteilt. Bei Interesse sollte die beigefügte Teilnahmebestätigung an den „Weißen Ring“ zurückgeschickt werden. Im Weiteren setzt die OB das Gremium über den Stand bzgl. der Flutspenden in Kenntnis, wonach rd. 119 T € an Spenden eingingen. Mit Beschluss des Stadtrates sind rd. 102 T€ benannt worden. Mittelabforderungen liegen bis dato in Höhe von ca. 70,5 T€ vor, freie Spendenmittel sind noch in Höhe von ca. 17 T€ verfügbar. Es liegen 3 Anträge vor, einer davon von Frau Irrgang. Sobald noch die fehlenden Unterlagen eingegangen sind, wird man dem Stadtrat erneut einen Beschlussantrag vorlegen, wie man die Restsumme dann noch verteilen sollte.</p> <p>Herr Dr. Baronius schildert die Wildschweinplage im OT Bitterfeld, wogegen dringend etwas getan werden muss.</p> <p>Die OB bemerkt, dass mit der Jägerschaft bereits Gespräche geführt wurden. Man wird den Bestand an Wildschweinen (ca. 200) durch gezielte Abschüsse minimieren müssen, was allerdings auch mit Kosten verbunden sein wird. Es werden zunächst Hochsitze für die Jäger errichtet. In der Presse wird eine Veröffentlichung erscheinen. Man wird die Bevölkerung ebenso über Verhaltensregeln informieren.</p> <p>Herr Herder schlägt vor, dass nicht nur die Seniorenbeauftragte, sondern auch die Gleichstellungsbeauftragte vor dem Stadtrat demnächst einmal Bericht erstatten sollte.</p> <p>Die OB nimmt diesen Hinweis auf und wird die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Marks sowie die beiden Seniorenbeauftragten Frau Ronneburg und Herrn Lehmann darüber informieren.</p>	
zu 7	Schließung des öffentlichen Teils	

gez.
Petra Wust
Ausschussvorsitzende

gez.
Ilona Bütow
Protokollantin